

Gemeinsam für die Digitalisierung

Prozessmanagement-Offensive in Baden-Württemberg

(BS/Silke Nolopp*) Prozessmanagement gilt als DNA der öffentlichen Verwaltung und als Grundvoraussetzung für die dringend notwendigen Digitalisierungsvorhaben. Die Herausforderungen, denen sich Verwaltungen dabei gegenübersehen, sind für viele gleich: Zeit, Personal und Ressourcen sind knapp.

„Ich beschäftige mich viel mit Organisationsentwicklung in Städten“, eröffnet Prof. Dr. Jürgen Kientz, Prorektor für Strategische Entwicklung & Weiterbildung der Hochschule Kehl und Initiator der Prozessmanagement-Offensive BW. „Dabei stellt sich immer wieder die Frage: Wie schaffen wir es, dem Prozessmanagement zwischen wachsender Arbeitsverdichtung, neuen Aufgaben und Krisen den Stellenwert einzuräumen, den es benötigt? Und warum sollte das jede Kommune allein machen müssen, wo die Herausforderungen doch so ähnlich sind?“ Vor diesem Hintergrund schlossen sich im vergangenen Jahr die Kehler Akademie e.V. und die PICTURE GmbH aus Münster zur Initiative „Prozessmanagement-Offensive BW“ zusammen. So ziehen in Baden-Württemberg Kommunen, Wissenschaft und Praxis seit 2022 erfolgreich an einem Strang. Das Ziel: Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Ressourcen zu bündeln und Prozessmanagement und Digitalisierung gemeinsam voranzutreiben. 20 Kommunen aus Baden-Württemberg sind Teil der ersten Ausgabe des Projekts, welche aktuell auf die Zielgerade einbiegt.

Über den Zeitraum von einem Jahr schaffen die teilnehmenden Verwaltungen alle benötigten Grundlagen für ein professionell eingeführtes Prozessmanagement. In sechs Projektphasen werden zunächst alle Teilnehmenden durch die Prozessmanagement-Expert(innen) der PICTURE GmbH mit fundiertem fachlichem und methodischem Wissen auf einen einheitlichen Wissensstand gebracht. In kollaborativen Workshops und Trainings gehen die Teilnehmenden anschließend in einen intensiven Austausch und analysieren und diskutieren interkommunal



Mit viel Teamgeist werden im Rahmen der Prozessmanagement-Offensive BW enge interkommunale Netzwerke gebildet. Foto: BS/Mongkolchon, stock.adobe.com

abgestimmte Prozesse. „Im Vordergrund der Initiative stehen Synergieeffekte durch geteiltes Know-how“, erläutert Henrik Scheffer, Senior-Berater der PICTURE GmbH. „Durch den interkommunalen Austausch und die intensive Begleitung durch Expert(innen) aus Wissenschaft und Praxis lässt sich in einem Jahr viel mehr erreichen als allein. So profitieren gerade kleinere Kommunen mit begrenzten Ressourcen von der Teilnahme.“ Im Projektverlauf bauen die Beteiligten mit der Prozessbibliothek Baden-Württemberg ein zentrales Prozessregister auf, welches nach dem Projektabschluss für alle nachnutzbar bleibt. Im Fokus stehen dabei OZG-relevante Prozesse, die für alle Verwaltungen von hoher Bedeutung sind.

Offensive geht in die zweite Runde

In diesem Frühjahr 2023 startet die Prozessmanagement-Offensive BW in die zweite Runde.

Neben einer Grundausbildung im Prozessmanagement erwarten die Teilnehmenden wertvolle Impulse zur Modernisierung, intensiver interkommunaler Austausch und nicht zuletzt viel Spaß. Expert(innen) führen die Teilnehmenden professionell an die Themen heran und unterstützen zusammen mit dem Projektteam bei individuellen Lösungen, die sich aus den verfügbaren Ressourcen jeder einzelnen Verwaltung ergeben. Am Ende verfügen alle Kommunen neben der Prozessbibliothek Baden-Württemberg über eine eigene, individuelle Prozessbibliothek und haben bereits erste Prozesse optimiert. Dabei verfestigen sich die Synergieeffekte: Die Teilnehmenden des zweiten Durchgangs profitieren bereits von rund 130 Prozessmodellen aus der ersten Runde.

Das Projekt überzeugt: „Prof. Dr. Kientz, Dr. Algermissen und Herr Scheffer wissen, wie öffentliche Verwaltung funktioniert,

das Projekt hat Hand und Fuß. Wir bekommen nicht nur das Handwerkszeug, sondern erleben auch direkt, welchen Nutzen wir davon haben“, so Markus Beilharz, Amtsleiter des Hauptamtes der Stadt Balingen.

Die Treiberthemen für die Teilnahme sind für viele Verwaltungen ähnlich: Digitalisierung und Wissensmanagement. „Die Einführung der E-Akte hat uns vor Augen geführt, wie wichtig Prozessmanagement auch für uns ist“, erläutert Anne Jehle von der Stadt Göppingen. „Was mir in bisherigen Prozessmanagement-Schulungen immer gefehlt hat, war der Praxisbezug. In der Prozessmanagement-Offensive BW werden genau die Schmerzpunkte aufgegriffen, die unsere Verwaltung beschäftigen. Insbesondere der Austausch bei den Präsenztreffen gibt mir sehr viel wertvollen Input, zum Beispiel auch zur internen Kommunikation von Prozessmanagement-Vorhaben.“

Dr. Lars Algermissen, Geschäftsführer der PICTURE GmbH, schließt: „Wir sind überwältigt vom Engagement und der Kooperation der Teilnehmenden. Der Teamgeist ist beeindruckend und wir können förmlich dabei zusehen, wie sich enge interkommunale Netzwerke bilden. Wir können alle Kommunen, die bisher eher beobachtet haben, nur herzlich einladen, in der nächsten Runde selbst mit dabei zu sein. Baden-Württemberg ist hier ein Leuchtturm mit einzigartiger Signalwirkung.“

Mehr zur Prozessmanagement-Offensive BW unter: www.kehlerakademie.de/prozessmanagement

*Silke Nolopp ist Junior Content Managerin bei der PICTURE GmbH.

Remote und agil

Kiel transformiert digitale Zusammenarbeit

(BS/Daniel Bohn*) Die Stadt Kiel möchte ihre Zusammenarbeit verbessern – sowohl unter den Mitarbeitenden als auch mit Außenstehenden. Conceptboard mit seinem gleichnamigen Tool für Visual Collaboration kam da gerade richtig. Anfangs nur bei bestimmten Aufgaben eingesetzt, findet Conceptboard heute in vielen Bereichen Verwendung.

Die Landeshauptstadt Kiel hat es sich zum Ziel gesetzt, im Zuge des digitalen Wandels die Stadt bestmöglich auf die Zukunft vorzubereiten. Dafür wurde eine digitale Strategie entwickelt, inklusive konkreter Maßnahmen zur Umsetzung. Das Ziel: die Lebensqualität für alle Menschen weiter zu steigern sowie wirtschaftliche und ökologische Potenziale zu nutzen. Die digitale Strategie der Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins umfasst mehrere Bausteine: unter anderem Mobilität, Partizipation, Infrastruktur und Verwaltungsmodernisierung.

Projekt „digitaler Arbeitsplatz“

Für die Verwaltungsmodernisierung wurde die Bewegung für den Kulturwandel der Stadtverwaltung, kurz Ki:GO-Bewegung, ins Leben gerufen. Ein konkretes Ziel dabei war es, den Mitarbeitenden einen „digitalen Arbeitsplatz“ zur Verfügung zu stellen, der unterschiedliche Arbeitsmodelle und insbesondere mehr Remote-Arbeit ermöglicht. Mit Corona verstärkte sich dieser Bedarf noch. Dafür suchte die Stadt nach digitalen Tools mit verschiedenen Funktionen für die dezentrale Zusammenarbeit. Die Ki:GO-Bewegung setzt stark auf Kompetenzentwicklung und will die Einstellung der Mitarbeitenden gegenüber neuen, digitalen Anwendungen positiv verändern. Neue Programme sollten daher besonders anwenderfreundlich und intuitiv zu erlernen sein.

Als Plattform für den digitalen Arbeitsplatz entschied sich die Stadt für ein Online-Whiteboard, auf dem Projekte zeit- und ortsunabhängig sowie übersichtlich geplant und bearbeitet werden können. Neben dem Ziel, die Arbeit im Homeoffice zu fördern, passt ein Online-Whiteboard auch zu dem Vorhaben, neue agile Methoden einzuführen. Einige Teams bei der Stadt arbeiten in Scrums. Dafür ist Conceptboard inzwischen das Tool der Wahl. Wichtig war darüber hinaus, dass Mitarbeitende direkt über das Tool Dokumente teilen, Aufgaben zuweisen oder Inhalte kommentieren können. Conceptboard erfüllte all diese Anforderungen und war darüber hinaus als einzige Visual-Collaboration-Anwendung mit der Touch-Bedienung der Promethean-Smartboards kompatibel, die von der Stadt Kiel eingesetzt werden.

Das Problem mit regulatorischen Anforderungen

Im öffentlichen Bereich gelten besonders hohe Anforderungen bei der Beschaffung von IT-Services, insbesondere in Bezug auf Datenschutz und -sicherheit – das entscheidende Argument für Conceptboard, denn die Lösung aus Stuttgart erfüllt die Vorgaben, die an Behörden und Kommunen gestellt werden. „Wir haben festgestellt, dass sich unter

den Anbietern für Visual Collaboration Conceptboard besonders für die öffentliche Verwaltung eignet. Anders als Anwendungen, die einen vergleichbaren Funktionsumfang haben, wird Conceptboard auf Servern in der EU gehostet. Außerdem ist ein EVB-IT-Vertrag möglich. Das ist für uns wichtig, um die Vorgaben für die Beschaffung zu erfüllen“, erklärt Jesko-Alexander Zychski, stellvertretender Chief Digital Officer der Landeshauptstadt Kiel. Dass das Unternehmen die Möglichkeit eines Dedicated-Server-Environments bietet, auf dem allein die Daten der Stadt gespeichert werden, sei ebenfalls ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung gewesen.

Vom Team-Meeting bis zum KiTa-Essensplan

Inzwischen ist Conceptboard abteilungsübergreifend für die verschiedensten Aufgaben Einsatz. Beispiele sind unter anderem die Erfassung von Prozessen und die gemeinsame Planung und Restrukturierung von Projekten im Team. Darüber hinaus wird Conceptboard als Präsentationswerkzeug sowie als partizipatives Whiteboard in hybriden Meetings und bei Veranstaltungen genutzt. Auch im Bereich Content Creation für E-Learning, beispielsweise bei der Entwicklung von Arbeitsblättern oder anderen Materialien, wird Conceptboard eingesetzt.

Die Stadt Kiel profitiert dabei von den Templates sowie der stetigen Weiterentwicklung und Einbindung neuer Vorlagen, Widgets und Anbindungen an Programme. Sie nutzt die Anbindungsmöglichkeiten für das eigene Intranet, die Lernplattform LMS oder das Chatprogramm Mattermost. Erstellte Boards lassen sich so noch leichter teilen und finden.

Zudem ermöglicht es Conceptboard, auch externe Personen oder Organisationen aus der Kieler Stadtgesellschaft, aber auch aus anderen Kommunen oder Städten leicht in die Arbeit einzubinden, um den interkommunalen Austausch voranzutreiben oder die Verzahnung mit der Gesellschaft zu ermöglichen.

„Mit der Einführung von Conceptboard haben wir einen großen Schritt in Richtung der Ziele für die Ki:GO-Bewegung gemacht: Mitwirkung, Selbstlernen sowie neue, nicht-hierarchische Arbeitsformen“, resümiert Zychski. „Mit der neuen Art der Kommunikation und Zusammenarbeit können wir sowohl intern als auch gemeinsam mit Kiellern auf eine interaktive und effiziente Weise die Digitalisierung der Verwaltung voranbringen und so neue, digitale Angebote für unsere Bürger entwickeln.“

*Daniel Bohn ist Co-Gründer und Product Lead von Conceptboard.

Über kurz oder Lang

– Für ein digitales Deutschland –

Digitalcheck? Digital by Design!

Eine Kolumne von Christina Lang

Fast alle von uns kennen das: In unserem privaten Leben läuft vieles heute ganz selbstverständlich digital. Wir bleiben mit Freunden in Kontakt, bestellen Essen, buchen Reisen. Selbst Online-Arztbesuche wurden durch die Pandemie möglich – wenn auch klar reglementiert. Die Prozesse sind einfach, meist sind wir mit wenigen Klicks am Ziel.

Aber was passiert, wenn wir mit unserem Staat interagieren? Wenn wir eine Leistung in Anspruch nehmen möchten, die uns zusteht? Dann wird's schnell kompliziert. Wir müssen Anträge ausfüllen – auch fünf Jahre nach Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes leider häufig noch analog und vor Ort im Amt. Oder wir müssen Daten bereitstellen, die dem Staat eigentlich bereits vorliegen – die Grundsteuerklärung ist dafür ein aktuelles Beispiel. Sie hat nicht nur die Nerven unzähliger Bürgerinnen und Bürger strapaziert, sondern auch in Finanzämtern und Steuerberatung für kaum zu stemmende Mehrbelastungen gesorgt.

Doch warum tun wir uns so schwer damit, Verwaltungsleistungen einfach zu digitalisieren? Der Fehler liegt meist ganz am Anfang: im Gesetzgebungsprozess. Werden hier die



Christina Lang ist Chief Executive Officer (CEO) des DigitalService.

Foto: BS/DigitalService

Potenziale der Digitalisierung nicht konsequent mitgedacht, sind selbst bürgerzentriert entwickelte und gut gemachte digitale Angebote nicht mehr als ein Pflaster auf einer klaffenden Wunde.

Genau das soll sich jetzt ändern. Gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium arbeiten wir daran, neue Gesetze und Verordnungen von Anfang an digitaltauglich auszugestalten. Also quasi „Digital by Design“.

Der Digitalcheck an sich ist keine neue Idee. Aber so richtig Schwung reingekommen ist erst mit dem Koalitionsvertrag, in dem er als wichtiger Baustein für eine bessere Rechtsetzung verankert ist. In einer neuartigen interdisziplinären

Zusammenarbeit wird der Digitalcheck seither gemeinsam mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe aus vier für die bessere Rechtsetzung strategisch relevanten Ressorts und unter Einbindung von Legistinnen und Legisten und dem Normenkontrollrat entwickelt. So entstand ein Baukasten, der auf fünf Prinzipien basiert und geeignete Prozesse, Methoden und Kompetenzen an die Hand geben soll. Diese Prinzipien greifen schon zu Beginn der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes und leiten die Legistinnen und Legisten an. Der Digitalcheck ist konstruktiv, praxisorientiert und unterstützt, anstatt nur zu kontrollieren, wie es der Name unglücklicherweise sug-

geriert. Seit Januar 2023 ist er bei Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene verpflichtend und wird aktiv angewendet.

Doch das war nur der Anfang. Jetzt befinden wir uns in einer immens wichtigen Phase: der Realitätskonfrontation. Wie kommen Legistinnen und Legisten mit dem Digitalcheck klar? Auf welche Hürden stoßen sie? Basierend auf den Erfahrungen im Alltag der Gesetzgebung wird der Digitalcheck – wir sprechen derzeit bewusst von einer „Beta-Version“ – praxisorientiert weiterentwickelt. Denn er soll eines definitiv nicht sein: eine Gängelung ohnehin schon stark belasteter Ministerialmitarbeitender. Wir wissen aber, dass es genau diese Befürchtung gibt: eine weitere Anforderung „on top“, die Mehrbelastung bringt. Ja: Anfangs wird der Digitalcheck sicher mancherorts ein Mehr an Arbeit verursachen. Allein schon, weil er neu ist und die Routine fehlt. Perspektivisch aber bietet er enorme Chancen. Nicht nur für den Blick, den die Bürgerinnen und Bürger auf unsere Verwaltung haben. Sondern auch für eine enorme Entlastung auf der Arbeitsebene. Eine Situation wie bei der Grundsteuerklärung wollen wir sicher alle nicht noch einmal erleben.

MELDUNG

Bewerbungsphase gestartet

(BS/bh) Die Bewerbungsphase für „Work4Germany 2023“ ist angelaufen. Der DigitalService sucht Transformations-Expertinnen und -Experten aus der Privatwirtschaft, die die Bundesverwaltung voranbringen wollen. Bei „Work4Germany“ handelt es sich um ein halbjährliches Stipendium. Das „Fellowship-Programm“ startet am 1. September 2023. Die Teilnahme wird mit ca. 5.400 Euro brutto vergütet. Dafür bringen die Fellows moderne und

nutzerzentrierte Arbeitsweisen in die Bundesministerien ein. Wer über fünf bis zehn Jahre relevante Berufserfahrung verfügt, kann sich bewerben. Relevante Arbeitsfelder sind Team- und Organisationsentwicklung und Agile Coaching. Außerdem sucht der DigitalService Bewerberinnen und Bewerber mit starken Kompetenzen in User Research und nutzerzentriertem Design. Mehr hierzu unter: <https://digitalservice.jobs.personio.de>